

URGENT ACTION

FRIEDLICHEN AKTIVIST_INNEN DROHT LEBENSLANGE HAFT

THAILAND

UA-Nr: **UA-134/2020-3** AI-Index: **ASA 39/4159/2021** Datum: **20. Mai 2021** – mk

PANUSAYA „RUNG“ SITHIJIRAWATTANAKUL (sie/ihr)

JATUPAT „PAI“ BOONPATTARARAKSA (er/sein)

ANON NAMPA (er/sein)

PANUPONG (er/sein)

PARIT „PENGUIN“ CHIWARAK (er/sein)

SOMYOT PRUEKSAKASEMSUK (er/sein)

PIYARAT (er/sein)

CHAI-AMORN (er/sein)

PORNSORN (er/sein)

WANWALEE (er/sein)

SIRAPHOP (er/sein)

In Thailand werden weiterhin Menschenrechtsverteidiger_innen strafrechtlich verfolgt, weil sie ihre Menschenrechte friedlich wahrnehmen und für Reformen protestieren. Zwei Aktivist_innen infizierten sich in der Haft mit Covid-19, dennoch lehnen die Behörden ihre Anträge auf Freilassung gegen Kautionsweiterhin ab. Thailand muss die repressiven Gesetze abändern oder aufheben, die eingesetzt werden, um die Rechte auf Versammlungsfreiheit und die Äußerung kritischer und abweichender Meinungen zu unterdrücken.

Derzeit gehen die thailändischen Behörden gegen Aktivist_innen vor, weil sie ihre Menschenrechte friedlich ausüben. Gegen mindestens 635 Menschen, darunter 41 Minderjährige, laufen strafrechtliche Ermittlungen. Die thailändische Regierung verschärft ihr hartes Vorgehen gegen Studierende und Aktivist_innen, indem die Behörden sie willkürlich in Untersuchungshaft festhalten und wegen Majestätsbeleidigung bzw. Aufwiegelung anklagen.

Hundertenden Studierenden und friedlichen Aktivist_innen drohen lange Haftstrafen, weil sie ihre Menschenrechte während den Protesten friedlich wahrnahmen – darunter Parit ‘Penguin’ Chiwarak, Anon Numpa, Panupong ‘Mike’ Jadnok, Panusaya ‘Rung’ Sithijirawattanakul, Piyarat ‘Toto’ Chongthep, Chai-amorn ‘Ammy’ Kaewwiboonpan, Pornsorn ‘Fah’ Weerathamjaree, Wanwalee ‘Tee’ Thammasattaya and Siraphop ‘Kha Nun’ Phumphuengphut.

Zudem besteht große Sorge um die Gesundheit der inhaftierten Aktivist_innen angesichts der Ausbreitung von Covid-19 in thailändischen Gefängnissen. Anon Numpa und Prodemokratie-Aktivist Panupong ‘Mike’ Jadnok infizierten sich in der Haft mit dem Virus, doch Anträge auf ihre Freilassung gegen Kautionsweiterhin werden von den Behörden abgelehnt. Zudem wird ihnen regelmäßiger Kontakt zur Familie und ihren Rechtsbeiständen untersagt.

Die Regierung muss die Rechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit schützen, um den Menschen in Thailand zu ermöglichen, diese Rechte wahrzunehmen. Dazu gehört auch, kritische Äußerungen in den Sozialen Medien zuzulassen. Dies entspricht Thailands Verpflichtungen auf der Grundlage internationaler Menschenrechtsnormen und der Verfassung des Landes. Die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen hat festgestellt, dass die thailändischen Behörden Personen unter dem Verdacht der Majestätsbeleidigung willkürlich in verlängerter Untersuchungshaft halten und die Freilassung gegen Kautionsweiterhin immer wieder verweigern.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die thailändischen Behörden versuchen die Proteste friedlicher Jugendreformbewegungen zu unterdrücken, indem sie Studierende und andere Menschenrechtsverteidiger_innen strafrechtlich verfolgen, die sich an den Protesten der Gruppe Ratsadon (Das Volk) beteiligten. Studierende und Aktivist_innen hatten überwiegend friedliche Massenproteste und Flashmobs organisiert, bei denen sie Reden hielten und friedlich für Reformen auf politischer und verfassungsrechtlicher Ebene und im Bildungswesen eintraten. Für ihre Teilnahme an diesen Protesten drohen ihnen in mehreren Fällen haltlose Anklagen. Die Gerichtsverhandlungen sollen im Mai und Juni 2021 stattfinden.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100. Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Die thailändischen Behörden verlängern willkürlich die Untersuchungshaft der Inhaftierten und ihre Anträge auf Freilassung gegen Kaution werden immer wieder abgelehnt.

Des Weiteren werden Aktivist_innen, die ihre Rechte auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen oder Kritik an der thailändischen Monarchie in den Sozialen Medien äußern, für die Ausübung ihrer Menschenrechte willkürlich festgehalten und angeklagt. Sie werden unter Notstandsgesetzen, wegen Verstößen gegen vage formulierte Bestimmungen der Gesetze über Majestätsbeleidigung und Aufwiegelung, für die zwischen sieben bis fünfzehn Jahre Haft vorgesehen ist, angeklagt. In weiteren Fällen werden ihnen Cyberkriminalität und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen.

Der 36-jährige Menschenrechtsanwalt Anon Numpa ist seit dem 9. Februar in Haft. Der 24-jährige Prodemokratie-Aktivist und Student Panupong 'Mike' Jadnok befindet sich seit dem 8. März in Gewahrsam. Beide gehören zu den führenden Protestteilnehmer_innen, deren Anträge auf Freilassung gegen Kaution immer wieder abgelehnt werden, u. a. mit der Begründung, dass ihnen schwere Straftaten zur Last gelegt werden, die mit langen Haftstrafen geahndet werden. Aufgrund der Ausbreitung von Covid-19 in einigen thailändischen Gefängnissen infizierten sie sich mit dem Virus. Anon Numpa, der 2021 den Gwangju-Preis für Menschenrechte erhielt, lehnte jegliche Bedingungen zur Freilassung auf Kaution ab, u. a. die Einschränkung der friedlichen Ausübung seiner Meinungsfreiheit.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE, TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte lassen Sie alle Personen, die nur wegen der friedlichen Ausübung ihrer Rechte inhaftiert sind, umgehend und bedingungslos frei bzw. lassen Sie alle Anklagen und Strafverfahren gegen sie fallen.
- Gewähren Sie den inhaftierten Protestierenden bis zu ihrer Freilassung angemessenen Zugang zu ihren Familien und Rechtsbeiständen sowie zu medizinischer Versorgung.
- Passen Sie Gesetze an oder heben Sie sie auf, um sicherzustellen, dass die Gesetzgebung mit den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen Thailands übereinstimmt. Dies schließt die Rechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit sowie friedliche Versammlung ein.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

PREMIERMINISTER

Prime Minister Prayuth Chan-O-cha
Office of the Prime Minister
Pitsanulok Road, Bangkok 10300, THAILAND
(Anrede: Dear Prime Minister / Sehr geehrter Herr
Premierminister)

Fax: (00 66) 2 282 5131

Twitter: @prayutofficial

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DES KÖNIGREICHS THAILAND

S. E. Herrn Dhiravat Bhumichitr
Lepsiusstraße 64/66
12163 Berlin

Fax: 030-79 48 15 11

**E-Mail: thaibln@thaiembassy.de oder
general@thaiembassy.de**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Thai, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **20. Juli 2021** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-134/2020** (ASA 39/2957/2020, 2. September 2020; ASA 39/3470/2020, 18. Dezember 2020 und ASA 39/3891/2021, 24. März 2021)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Immediately and unconditionally release and/or withdraw charges against protesters and others targeted for peaceful exercise of their rights, drop all criminal proceedings against them.
- Pending the release of detained protesters, provide adequate access to their family and lawyers and ensure they have adequate access to medical treatment.
- In line with repeated UPR and UN expert recommendations, amend or repeal legislation to ensure it conforms with Thailand's international human rights obligations, association, and peaceful assembly.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Andere inhaftierte Demonstrierende sind inzwischen auf Kautionsfreilassung freigelassen worden, jedoch unter Auflagen: Sie verpflichteten sich, gegen Vorladung vor Gericht zu erscheinen, das Land nicht unerlaubt zu verlassen, und solche Handlungen zu unterlassen, die sich gegen die Monarchie richten oder zu gesellschaftlichen Unruhen führen. Der 22-jährige Student Parit 'Penguin' Chiwarak und die 22-jährige Studentin Panusaya 'Rung' Sittijirawattanakul traten in einen Hungerstreik, um gegen die Ablehnung der Anträge auf Freilassung gegen Kautionsfreilassung zu protestieren. Parit Chiwarak wurde 93 Tage und Panusaya Sittijirawattanakul 60 Tage in Haft gehalten. Parit Chiwarak musste am 30. April 2021 ins Krankenhaus eingeliefert werden, weil der Verdacht auf eine gastrointestinale Blutung bestand.

Die Behörden hatten wiederholt Anträge auf Freilassung gegen Kautionsfreilassung von bekannten Aktivist_innen abgelehnt, die gemäß Paragraf 112 des Strafgesetzbuches wegen Majestätsbeleidigung angeklagt waren. In Thailand herrscht seit Langem ein Muster willkürlicher Untersuchungshaft für Personen, denen Majestätsbeleidigung vorgeworfen wird. Gerichte verweigern die Freilassung gegen Kautionsfreilassung und begründen dies mit den langen Haftstrafen, die unter dem Gesetz gegen Majestätsbeleidigung verhängt werden können. Laut der UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen sind die Gründe für die Ablehnung dieser Anträge nicht gerechtfertigt und erkennen die Rechte der Betroffenen ab.

